

Ein Fluch für Afrika

Experten diskutierten deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit helfende Hand oder eher langer Arm der eigenen Politik? Diese Frage diskutierten Experten im Studium generale.

MADELEINE WEGNER

Tübingen. Im Fokus der letzten Diskussion in der Studium-generale-Reihe „Krisen, Konflikte und Zusammenleben in der einen Welt“ stand die deutsche Entwicklungspolitik. Das deutschlandweite, interdisziplinäre Netzwerk „you-munity“ hatte dazu vier Experten zur Podiumsdiskussion in den Tübinger Kupferbau eingeladen. „You-munity“ steht jungen Menschen offen, die sich für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit interessieren und Projekte in Entwicklungsländern unterstützen wollen.

Auf dem Podium vor rund 90 Zuhörern saßen: Kurt Gerhardt (ehemaliger WDR-Journalist und Mitunterzeichner des „Bonner Aufrufs“), Gisela Schneider (Direktorin des „Deutschen Instituts für Ärztliche Mission“, Difäm), Christian Wilmsen (ehemaliger Ministerialrat im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ) sowie Ursula Eid (ehemalige entwicklungspolitische Sprecherin der „Grünen“ und bis 2005 Parlamentarische Staatssekretärin des BMZ).

„Wir müssen auf Augenhöhe diskutieren“, sagte Gisela Schneider, die fast 30 Jahre Erfahrung in Gambia und Uganda gesammelt hat: „Deshalb spreche ich auch nicht von Entwicklungshilfe, son-

dern von Entwicklungszusammenarbeit.“

In eine ähnliche Richtung lenkte Christian Wilmsen die Diskussion. Er betonte, dass noch kein Land von außen entwickelt wurde, sondern dies nur von innen heraus geschehen könne. „Es können allenfalls Hilfestellungen gegeben werden“, schlussfolgerte er. Deshalb sei es notwendig, die deutsche Politik zu verändern, zum Beispiel im Bereich des Exports. Denn durch Transfer-Preis-Manipulationen über multinationale Konzerne würden sowohl Deutschland als auch dem jeweiligen Entwicklungsland Steuern entzogen.

„Afrika ist eines der größten Steuerfluchtländer“, sagte Ursula Eid. Deshalb sei Transparenz nötig. „Die jungen afrikanischen Bürger von heute wollen hören, dass Afrika eine Chance hat“, sagte sie. Dazu gehöre auch, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den afrikanischen Eliten keine Argumente mehr liefere, die diesen die Entschuldigungen leicht machten.

Nirgendwo sonst gebe es größere Entwicklungsprobleme als in Afrika, meinte Gerhardt: „Schwarzafrika produziert nichts, was auf dem Weltmarkt verkauft werden könnte.“ Selbst die so kostbaren und reichen Bodenschätze seien ein Fluch für Afrika. Denn sie liefern Grund für Kriege und das Geld aus ihrem Verkauf fließe zu oft in die falschen Taschen. Genau deshalb

müsse Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen stattfinden, schloss Schneider an. „Es gibt einen Level an Armut, aus dem man selbst nicht mehr heraus kommt“, sagte die Difäm-Direktorin. Mit Blick auf die hohe HIV-Infektionsrate in Afrika fügte sie hinzu: „Menschen, die krank sind, können sich nicht wirtschaftlich entwickeln.“

0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes haben sich die EU-Länder als Ziel für die offiziellen Entwicklungshilfeleistungen bis 2015 gesetzt. Gerhardt sprach jedoch von „enttäuschenden und entsetzenden Ergebnissen der Entwicklungshilfe“. Einen Grund dafür sah er in den Illusionen, auf die sich viele Ansätze stützen würden – beispielsweise bei den Budgethilfen. Als „größte Trümmerei“ jedoch bezeichnete er die Annahme, eine Erhöhung der finanziellen Mittel würde automatisch zu mehr Entwicklungserfolg führen.

Ursula Eid ist Mitglied im Beratungsausschuss von UN-Generalsekretär Kofi Annan zum Thema „Wasser und Sanitäre Grundversorgung“. Sie hält die 0,7 Prozent-Quote für eine willkürliche Zahl. Außerdem messe die Quote lediglich, wie viel Geld ausgegeben würde. Wesentlich sinnvoller hingegen sei es, Ergebnisse zu messen – zum Beispiel, wie viele Brunnen gebaut wurden. Eid hielt es außerdem für unerlässlich, dass die deutsche Politik ihre Interessen offen legt, um glaubwürdig zu bleiben. Denn, so Eid weiter, dass die Hilfe aus reiner Philanthropie heraus erfolgt – „das glaubt uns keiner!“

